



DIE GRÜNEN und Unabhängigen im Reutlinger Gemeinderat in Zusammenarbeit mit Fachleuten aus Umweltgruppen und der Praxis

Klimaschutz 2030 – Zur Klimaschutzkonzeption GR – Drucksache 13/070/01 Rainer Buck, Sabine Gross, Gabriele Janz, Marcellus Kolompar

Vorbemerkung Nach langer Nachdenk- bzw. Bearbeitungszeit auch im Zusammenhang mit einer Initiative unserer Fraktion im Jahre 2007 hat die Verwaltung nun im Mai 2013 eine Gemeinderatsvorlage für eine Klimaschutzkonzeption vorgelegt. Sie basiert sehr stark auf einer Untersuchung der Klimaschutz- und Energieagentur Baden-Württemberg (KEA). Unsere Fraktion hat sich sehr intensiv mit dieser Vorlage auseinandergesetzt. Wir haben uns dabei von unserem Kommunalen Arbeitskreis und von verschiedenen Fachleuten beraten lassen, wofür wir sehr dankbar sind. Wir haben zentrale Sachverhalte in diesem Positionspapier ohne Anspruch auf Vollständigkeit zusammengestellt.

1.) **Erkenntnis** Es ist zu begrüßen, dass die Verwaltung dieses wichtige Zukunftsthema in Angriff nimmt. Zahlreiche Ausführungen im Text der KEA geben den Erkenntnisstand der Klimaforscher wieder, sie sind nicht neu und nicht außergewöhnlich – einiges ist „gängige Prosa“ und aus anderen Untersuchungen vielfach bekannt. Innovative Anregungen werden vermisst. Vorrangig sind Analysen und Folgerungen enthalten, die in Reutlingen schon seit Jahren vor allem von Umweltverbänden immer wieder vorgelegt wurden wie zum Beispiel Forderungen zu Radwegenetz- und ÖPNV-Verbesserungen. Diese Vorschläge blieben bisher geflissentlich unbeachtet. Erst jetzt, nachdem für die Studie der KEA 206.000,00 € ausgegeben wurden, wird diesen Maßnahmen die entsprechende Bedeutung zugestanden.

2.) **Klimabündnis** Der zentrale Kritikpunkt ist, dass keine nachvollziehbare Begründung abgegeben wird, warum das nationale Klimaschutzziel von einer Minderung der CO₂-Emission um mindestens 55% bis 2030 nicht erreicht werden kann. Deshalb erscheinen die von der KEA genannten Ziele als nicht

ambitioniert genug. Und es wird nicht konkretisiert. Hinsichtlich der Konkretisierung können wir uns ein Beispiel an Heilbronn nehmen, das sich konkret zum Ziel gesetzt hat, die Emissionen von 2010 bis 2020 immerhin um 20 Prozent zu reduzieren.

Als Zielmaßstab geeignet ist auch die Vorgabe des Klimabündnisses:

- Reduktion der CO₂-Emissionen um 10% alle fünf Jahre
- Halbierung der Pro-Kopf-Emissionen bis spätestens 2030 (Basisjahr 1990)
- Schutz der tropischen Regenwälder durch Verzicht auf Tropenholznutzung
- Unterstützung von Projekten und Initiativen der indigenen Partner

Darauf aufbauend müsste eine Maßnahmen- und Prioritätenliste bis 2020 erstellt werden.

Die Ziele müssen laufend dokumentiert und überprüft werden. Bei Zielabweichungen muss mit entsprechenden Maßnahmen gegengesteuert werden.

Auffallend ist, dass schon die KEA in ihrem Ziel bei 35% Reduzierung bis 2030 verharrt. Darüber hinaus übernimmt die Verwaltung zahlreiche Vorschläge der KEA gar nicht - macht also weitere Abstriche.

Eine konkrete Zielsetzung zum Umfang und zum Zeithorizont fehlt in der GR-Vorlage. Für Reutlingen wird in der GR-Vorlage das nationale Klimaschutzziel von mindestens 80% bis 2050 gleich gar nicht erwähnt.

3.) **Verwaltungsengagement** Wir vermissen ein stärkeres Engagement der Verwaltungsspitze in der Formulierung über die gesetzlichen Vorgaben hinausgehender, strategischer Ziele. Es gibt zu viel „warme Worte“ und zu wenig Konkretes. Letztlich handelt die Verwaltung nur dann, wenn Geld eingespart werden kann und es gesetzliche Vorgaben gibt, zum Beispiel bei der Straßenbeleuchtung mit LED.

Ein erstrebenswertes Szenario könnte die Unterstützung der „100% Erneuerbare Energien für die Region Neckar-Alb“ sein (www.100-ee.de).

4.) **Personalressourcen** Notwendig ist eine Klimaschutz-Stabsstelle mit drei Mitarbeiter/innen

5.) **Gebäude** Nicht genügend in die Betrachtung einbezogen sind die Tochtergesellschaften der Stadt insbesondere die GWG mit ihrem großen Gebäudebestand. Die GWG soll bei Neubauten nicht nur das Konzept des Passivhauses, sondern langfristig besser das des Nullenergiehauses verfolgen. Sie könnte die Dächer und Fassaden ihrer Gebäude verstärkt für Photovoltaik und wo sinnvoll auch für solare Wärmeerzeugung zur Verfügung stellen. Außerdem ist eine klimafreundliche Energieversorgung sicherzustellen. Sanierungen von Gebäuden sollten mit nachhaltigen Materialien erfolgen, zur Wärmedämmung sollte auf Styropor verzichtet werden.

Nur städtische Gebäude werden in der GR-Vorlage in die Betrachtung einbezogen. Der Hinweis auf den 2%-Anteil der Stadt an CO₂-Emissionen ist viel zu kurz gegriffen. Gebäude anderer öffentlich-rechtlicher Körperschaften wie Landratsamt, Bundesagentur für Arbeit, Kreissparkasse und Kammern werden nicht in die Betrachtung einbezogen. Die Verwaltung sollte mit den anderen Behörden/Institutionen ein gemeinsames Vorgehen festlegen.

6.) **Dächer** Der Aufbau einer Dachflächenbörse ist unnötig, zumal es bereits ein im Internet zugängliches Programm der FairEnergie gibt (www.gpm-kom8.de/geoapp/solarkataster/reutlingen/), das jedem Hauseigentümer eine Berechnung über die potentielle Nutzung der eigenen Dachflächen errechnet. Private Hausbesitzer sollten angeregt werden, geeignete Dächer für Photovoltaik-Anlagen zu nutzen. Bei Neubauten sollte auf eine optimale Gebäudeausrichtung (Südwest) geachtet werden, damit die

Nutzung von Photovoltaik effektiv möglich ist.

Entsprechende Vorgaben sollten Eingang in die städtische Bauleitplanung finden.

Unternehmen sollten angeregt werden ihre Dächer selbst zu nutzen oder an eine Genossenschaft zu verpachten. Geeignete Freiflächen wie Straßenbegleitflächen und Lärmschutzwände könnten mit Photovoltaik-Anlagen bestückt werden.

7.) **Wärmenetz** Die FairEnergie sollte im Bemühen, die Wärmenetze (Fernwärme/Wärmeinseln) auszubauen durch entsprechende Maßnahmen der Verwaltung und dem Gemeinderat unterstützt werden (Vorranggebiete, Fernwärmesatzung, Auflagen zum Verwendungsverbot und eventuell Vergabe der Fernwärmekonzession). Von der FairEnergie sollte eine proaktive Haltung eingenommen werden, um verstärkt nichtöffentliche Abnehmer für Wärmenetze zu gewinnen, vor allem in günstig gelegenen Verdichtungsgebieten. Den Dialog mit allen (!) potenziellen Akteuren über eine langfristige gesamtstädtische Strategie halten wir vor diesem Hintergrund für richtig. Diese Strategie muss durch eine Vernetzung aller Akteure sowie eine breit angelegte Öffentlichkeitsarbeit unterstützt werden.

Bei Altbauten ist die Energieversorgung ein besonders großes Problem. Die FairEnergie könnte mehr als bisher das Instrument Contracting einsetzen. Dies sollte die Stadt durch Anreize fördern. Auf Höhe und Art des Energieverbrauchs von Industrie, Handel und Gewerbe kann die FairEnergie Einfluss nehmen, indem sie einen „Sondervertrag“ über Ökostrom- und Gasbezug anbietet. Industrie und Gewerbe sind zusammengerechnet der größte Verursacher von CO₂-Emissionen. Als Folge der Versäumnisse in der Vergangenheit beträgt der Anteil von Kraftwärmekopplung an der Wärmeversorgung in RT nur 8%, in Deutschland sind es 11% und in Dänemark sogar 40 %.

8.) **Unternehmen** Große private Unternehmen werden nicht in die Klimaschutzstrategie einbezogen. Energie-Tische wie sie die IHK organisiert, haben gezeigt, dass Unternehmen bei entsprechender Beratung durchaus Einsparpotentiale in ihren Firmen entdecken und umsetzen. Hier erwarten wir auch ein größeres Engagement der Oberbürgermeisterin und der Verwaltung. Ein Ansatzpunkt besteht in der Wirtschaftsförderung, zum Beispiel durch Beratung. Die OB und die Verwaltung könnten mit den Firmen intensive Gespräche darüber führen, mit welchem Kontingent an Öko-Strom sich Firmen zur Region bekennen und damit auch werben könnten.

9.) **Abwasser** Eine Konzeption für die Nutzung von Wärme aus Abwasser fehlt. Bisher gibt es lediglich die Ankündigung einer von der SER angekündigte Potentialstudie „Abwärme - Wärme aus Abwasser?“.

10.) **Klimarelevanz** Wichtige Themenfelder mit Klimarelevanz werden zu schwach bewertet: Ernährung, Konsum, Textil, Kindergarten- und Schulesen. Dazu ist ein Aktionsprogramm zu erstellen und umzusetzen bei Seniorenzentren, Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen.

11.) **Städtebau / Bebauungspläne** Die GR-Vorlage begnügt sich im Bereich Städtebau / Bebauungspläne mit einer Zeile. Andere Städte dagegen kaufen zuerst alle Grundstücke und erstellen dann einen Bebauungsplan, der ein Verkehrs- und Energiekonzept beinhaltet. Ein späterer Verkauf an Bauherren erfolgt nur im Zusammenhang mit städtebaulichen Verträgen, in denen rechtlich feste Vereinbarungen getroffen werden. Insgesamt sind Bebauungspläne an Klimaschutzzielen auszurichten. Dies beinhaltet auch eine verbindliche, klimawirksame Grünflächenplanung. Freiwillige Verträge sind hier jeweils zu bevorzugen. Sind diese jedoch nicht möglich, sind auch Vorgaben und rechtliche Zwänge eine Option.

12.) **Mobilität / Verkehr** Viel zu wenig wird der Bereich Mobilität / Verkehr gewichtet wie zum Beispiel Radwegenetz, Ladestation für E-Bikes, durchgängiger 15-Minuten-Takt beim ÖPNV und als Leitgröße 200 m bis zur nächsten Haltestelle, Fahrradmitnahme im Bus, fußgängerfreundliche Wegenetze und Gehwege sowie eine Förderung von Carsharing.

Unverständlicherweise fehlt im Konzept der Verwaltung die Regionalstadtbahn. Nur in der ausführlichen Fassung der KEA wird sie erwähnt. Die antragsreife Planung muss als Maßnahme in den Maßnahmenkatalog 2013/2014 übernommen werden.

Um die unerwünschten Folgen des MIV zu reduzieren sind zwei Stützpfiler notwendig: Gerechtigkeit bei der Kostenbeteiligung des MIV und Alternativangebote. Damit CO₂-Reduktion im Verkehr wirksam wird, ist eine Bündelung von Maßnahmen erforderlich. Die Idee der „Stadt der kurzen Wege“ müsste in Zukunft mehr mit Inhalt und konkreten Maßnahmen gefüllt werden.

Die Aussagen zur E-Mobilität sind erfreulich und werden von uns geteilt.

13.) **Beratung** Beratung ist sinnvoll, aber wir wollen auch eine dezentrale Beratung: bei Bedarf müssen die Berater die Bürgerinnen und Bürger zu Hause aufsuchen. Auch in den Bezirksämtern muss eine Energieberatung stattfinden.

14.) **Anerkennung** Wir schlagen einen Klimaschutzpreis der Stadt Reutlingen vor. Der Klimaschutzpreis soll konkret durchgeführte Projekte prämiieren. Es sollte eine Unterscheidung zwischen privaten und gewerblichen Projekten geben. Freiwillig durchgeführte Energiesparprojekt in den Schulen führen Schüler an das Thema Klimaschutz heran und erzeugen Motivation durch entsprechende öffentliche Würdigung.

15.) **Verbände / Initiativen** Zu wenig werden die Forderungen und Anregungen von regionalen Akteuren wie BUND, NABU, SonnenEnergie Neckar-Alb e.V. beachtet.

Wir bedanken uns für fachkundigen Rat und Unterstützung bei:

*Friedrich Hagemeister, Christoph Joachim, Thomas Krüger,
Prof. Dr. Hans Messerschmid, J. Rinn, Friedemann Rupp,
Heide Schnitzer, Friedemann Stelzer, Edith Willmann sowie unseren
Mitstreiterinnen und Mitstreitern aus dem KommunalAK*